

INSIDE

Informationsdienst der FDP-Grossratsfraktion vom 17. Juni 2018

Inhalt:

- › **Fehlen die Lehrlinge heute, so fehlen die Fachkräfte in Zukunft.** Von Dr. Adrian Schoop (S. 1)
- › **Wie viel Austausch und Mobilität finden in den Aargauer Schulen statt?** Von Christine Keller Sallenbach (S. 2)
- › **Urteil des Bundesverwaltungsgerichts stellt Akteure im Gesundheitswesen vor Probleme.** Von Dr. Martina Sigg (S. 3)
- › **Eindrückliche Geschichtslektion aus dem Zweiten Weltkrieg.** Von René Suter (S. 4)

Fehlen die Lehrlinge heute, so fehlen die Fachkräfte in Zukunft

Damit der Kanton Aargau auch künftig als attraktiver Werk- und Arbeitsplatz gilt, müssen Massnahmen getroffen werden

Dr. Adrian Schoop, Grossrat, Gemeindeammann, Turgi
a.schoop@soba-inter.com



Der Fachkräftemangel ist ein ernst zu nehmendes Thema. Das zeigt auch die NAB Regionalstudie 2017, in der es heisst: «Aargauer Unternehmer haben erhebliche Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Fachkräften: 60 Prozent haben Mühe geeignete Kandidaten zu finden, gut ein Viertel sind akut vom Fachkräftemangel betroffen.» Oft beginnt die Herausforderung aber bereits schon früher, nämlich bei der Suche nach Lehrlingen. Eine Interpellation fordert nun Antworten vom Regierungsrat.

Das duale Bildungssystem der Schweiz ist ein Vorzeigemodell. Immer wieder reisen Delegationen aus anderen Ländern zu uns, um sich darüber zu informieren. Dieses System kann aber nur funktionieren, wenn auch weiterhin genügend Lehrlinge ausgebildet werden. Lehrlinge zu finden, ist jedoch oft eine grosse Herausforderung. Die LENA-Auswertung (Lehrstellennachweis des Kantons Aargau) vom 18. Mai 2018 zeigt, wie akut der Mangel aktuell ist. Für den Lehrbeginn vom kommenden Sommer 2018 sind in der Baubranche von 129 Lehrstellen 64 nicht besetzt (49.6 %); in der Gebäudetechnik-Branche von 201 Lehrstellen 70 nicht besetzt (34.8%) und in der Metall- und Maschinen-Branche von 220 Lehrstellen 74

nicht besetzt (33.6%). Fehlen in diesen Branchen heute die Lehrlinge, so fehlen morgen die Fachkräfte.

Interpellation will Antworten

Diese Entwicklung macht mir als Politiker und als Unternehmer Sorgen, denn der Fachkräftemangel ist eine der grossen Wachstums- und Innovationsbremsen der Unternehmen. Darum habe ich am 5. Juni gemeinsam mit Josef Bütler, FDP, Spreitenbach eine Interpellation zu diesem Thema eingereicht. Der Regierungsrat ist gebeten, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Sieht die Regierung im Bereich des Lehrlingsmangels Handlungsbedarf und wenn ja, in welchen Bereichen?

Agenda:

Dienstag, 19. Juni 2018, 19.00 Uhr: Sommertagung auf Schloss Böttstein >>> [zur Einladung](#)

Mittwoch, 27. Juni 2018, 18.30 Uhr: Parteitag und Fussballfest in Brugg >>> [zur Einladung](#)

2. Erachtet der Regierungsrat das Erlangen der gymnasialen Matura als zu attraktiv? Weshalb entscheiden sich seiner Meinung nach immer mehr Schülerinnen und Schüler für eine Matura und nicht für eine Berufslehre?

3. Wie kann der Staat Einfluss auf die Maturitätsquote nehmen und zieht der Regierungsrat diesbezüglich eine Verschärfung in Betracht, um das duale Bildungssystem zu stärken? Kann sich der Regierungsrat vorstellen, die Anforderungen für den Eintritt an eine Mittelschule zu erhöhen, zum Beispiel durch eine Erhöhung des Notenschnittes von 4,7 auf 4,9?

4. Welche Möglichkeiten stehen dem Staat zur Verfügung, um beim RAV gemeldete junge Personen (bspw. unter 30) zu einer Lehre zu verpflichten? Welche gesetzlichen Anpassungen wären notwendig, um staatliche Unterstützung für junge und alleinstehende Arbeitslose von der Bedingung abhängig zu machen, mit einer Lehre zu starten?

5. Sieht der Regierungsrat Möglichkeiten und Massnahmen, um die Attraktivität der Berufsausbildung gegenüber der universitären Ausbildung zu stärken?

6. Kann sich die Regierung eine bessere Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Schule vorstellen, wie dies beispielsweise im Kanton Graubünden seit 2014 erfolgreich umgesetzt wird (Projekt MINT-CAMPS GR).

7. Welche Möglichkeiten erkennt der Regierungsrat, um das duale Berufsbildungssystem durch eine Anpassung der Berufsvorbereitung in der Oberstufe zu stärken? Wie beurteilt der Regierungsrat einen Eingriff in den Oberstufenlehrplan?

8. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, für Firmen, welche überdurchschnittlich viele Lernende ausbilden, Anreize zu schaffen? Wie könnten solche Anreize ausgestaltet sein? Wie positioniert sich der Regierungsrat zu fiskalischen Anreizen in diesem Bereich?

Wie viel Austausch und Mobilität finden in den Aargauer Schulen statt? Interpellation zur Förderung von Austausch und Mobilität in der Schulbildung

Christine Keller Sallenbach, Grossrätin, Leiterin Ressort Bildung und Kultur, Zufikon
christine_keller@gmx.ch



Im November 2017 haben Bund und Kantone eine gemeinsame Strategie zur Förderung von Austausch und Mobilität verabschiedet. Mit einer Interpellation will ich vom Regierungsrat erfahren, was bisher im Kanton Aargau für Austausch- und Mobilitätsaktivitäten stattfanden, und wie der Regierungsrat gedenkt die Schweizerische Strategie umzusetzen.

In ihrer gemeinsamen Strategie sprechen sich Bund und Kantone dafür aus, dass künftig alle jungen Menschen im Verlauf ihrer Ausbildung oder im Übergang ins Arbeitsleben an einer Austausch- und Mobilitätsaktivität teilnehmen sollen.

Austausch und Mobilität ermöglicht Kindern und Jugendlichen mit Gleichaltrigen unterschiedlicher Sprache und Kulturen in Kontakt zu kommen. Fremdsprache wird zum realen Kommunikationsmittel. Dies steigert die Motivation und verbessert die sprachlichen Fertigkeiten. Austausch trägt zudem zur Persönlichkeitsentwicklung bei, er fördert Selbständigkeit, Toleranz, Offenheit gegenüber anderen Kulturen, Flexibilität

und Kreativität. Auf gesellschaftlicher Ebene leistet Austausch und Mobilität einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Mehrsprachigkeit, der Verständigung zwischen den Kultur- und Sprachgemeinschaften und zum Zusammenhalt der Schweiz. Sie können zur Qualität und Weiterentwicklung des Bildungsraumes Schweiz beitragen, zur Erhaltung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Schweiz und zur Einbindung unseres Landes in den europäischen und globalen Kontext. Aus diesen Gründen unterstützen Bund und Kantone Austausch und Mobilität auf allen Bildungsstufen, in der Arbeitswelt und im ausserschulischen Bereich, sei dies im Inland oder im Ausland über die europäischen Bildungsprogramme.

Die Strategie sieht die grösste Herausforderung in der Volksschule: „Auf der Stufe der obligatorischen Schule können die

meisten Kinder und Jugendlichen erreicht werden. Der statistisch erfasste Umfang der Austauschteilnahmen in der Volksschule und in den allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe II liegt jedoch bei nur rund 2% der Schülerpopulation. Auch bei Lehrpersonen und in der Berufsbildung sind die Zahlen tief. Dies lässt darauf schliessen, dass entsprechende Angebote fehlen, ungeeignet ausgestaltet oder nicht genügend bekannt sind.“

Deshalb wünsche ich vom Regierungsrat Auskunft darüber wie viele Schülerinnen und Schüler an den bestehenden Austauschprogrammen „Schulischer Einzelaustausch 14-14“ und am „Partnerschaftlichen 10. Schuljahr“ teilnehmen und wie er gedenkt die nationale Strategie Austausch und Mobilität umzusetzen.

Mittel- und Gegenstandsliste

Urteil des Bundesverwaltungsgerichts stellt Akteure im Gesundheitswesen vor grosse Probleme

Dr. Martina Sigg, Grossrätin, Ressortleiterin Gesundheit und Soziales, Schinznach-Dorf
martina.sigg@bluewin.ch



Bereits letztes Jahr hatte das BVGer entschieden, dass sämtliches Material, das von der Pflege verwendet wird, im Pflorgetarif enthalten sein soll. Sollte dies tatsächlich umgesetzt werden (und so sieht es momentan aus), führt dies zu einem enormen Kostenschub von Pflegeheimen und Spitex, der letztendlich von den Gemeinden getragen werden muss. Obwohl diese Regelung auf Bundesebene bekämpft werden muss, habe ich eine IP eingereicht, um die Folgen für Kanton und Gemeinden aufzuzeigen und um den Druck nach Bern zu erhöhen, in dieser Sache aktiv zu werden.

Nach Artikel 25 KVG zählen Mittel und Gegenstände, die der Behandlung oder der Untersuchung einer Krankheit und ihrer Folgen dienen, zu den Pflichtleistungen der obligatorischen Krankenversicherungen. Die sogenannte Mittel- und Gegenstandsliste (MiGeL) des EDI hält fest, welche Produkte bis zu welchem Höchstvergütungsbetrag vergütet werden. Sie ist also das Pendant zur Spezialitätenliste für die Medikamente. So sind beispielsweise Bandagen, Gehhilfen, Verbandsmaterialien, Inkontinenzprodukte oder Stomaartikel in der MiGeL enthalten.

Nach längeren Rechtsstreitigkeiten in den Kantonen Basel-Stadt, Thurgau und Waadt hat das Bundesverwaltungsgericht nun entschieden. Diese Entscheide haben Einfluss auf die ganze Schweiz und bedeuten in einfachen Worten, dass sämtliche Produkte, die zu einer Pflegebehandlung notwendig sind, Teil der Pflegeleistung sind und deswegen mit der Pflegeleistung schon abgegolten sind (Bis jetzt wurden diese Produkte den Krankenkassen speziell in Rechnung gestellt). Hingegen werden Produkte, die die Patienten selber anwenden, nach wie vor von den Krankenkassen vergütet. Insbesondere bei den Spitexdienstleistungen kann dies zu absurden Situationen führen: wer zahlt z.B. Kompressionsstrümpfe, wenn die Spitex sie am Morgen anzieht, die Patientin sie sich aber am Abend selber abzieht? Wer zahlt z.B. die Blutzuckermessstreifen, wenn die Spitex am Morgen misst, der Patient dies aber tagsüber selber macht? Oder wer zahlt, wenn die Spitex den Blutzuckersensor einsetzt, dieser aber vom Patienten selber abgelesen wird?

Der «Schreibtischtäter»-Entscheid hat aber auch grosse Folgen auf die Qualität und Versorgungssicherheit, denn Patienten und Patientinnen, die viele MiGeL Produkte benötigen (z.B. teure Verbände oder Stomaartikel) werden automatisch zu einem Kostenrisiko für Pflegeheime und Spitex. Bereits werden Fälle bekannt, dass solche Patienten von Pflegeheimen abgelehnt wurden. Im Weiteren besteht ein Anreiz, z.B. nur noch günstiges Verbandsmaterial anzuwenden bei komplizierten Wunden statt der teureren modernen Hilfsmittel. Diese Wundversorgung funktioniert vielleicht auch, benötigt aber mehr Zeit und mehr Pflegeleistung. Oder Sie sind schwer krank in einem Pflegeheim und haben starke Schmerzen. Sie erhalten Schmerzmittel gespritzt. Um nicht ständig gestochen werden zu müssen, erhalten Sie eine Schmerzpumpe, die das Medikament dosiert abgibt. Diese Pumpe muss nun die Institution finanzieren. Wenn stattdessen aber wieder einfache Spritzen verwendet werden, ist dies viel günstiger, dafür müssen Sie mehrmals pro Tag gestochen werden. Was würden Sie vorziehen, was das Pflegeheim? Die neue Situation führt also automatisch zu Zwickmühlen, was wichtiger ist: die Finanzen oder das Patientenwohl.

Die kantonale Verwaltung und die Gemeinden haben sich mit der Situation befasst, und die Gemeinden sind sich bewusst, dass sie höhere Kosten zu tragen haben. Sie alle und die ganze Branche verstehen aber nicht, wieso die Bundesverwaltung nicht entschiedener handelt und alles Mögliche unternimmt, um diese unhaltbare Situation, die zu einer deutlichen Verschlechterung der Versorgungsleistung und zu vielen Unklarheiten führen wird, so rasch wie möglich zu ändern. In diesem

Zusammenhang habe ich ein paar Fragen an den Regierungsrat gestellt und bin gespannt auf die Antworten und die Reaktionen.

FDP.Die Liberalen Seniorinnen und Senioren Aargau Eindrückliche Geschichtslektion aus dem Zweiten Weltkrieg

René Suter, dipl. Ing. ETH, Birmenstorf
suter.rka@bluewin.ch



In der Nacht vom 5. zum 6. Juni 1944 starteten die Alliierten in der Normandie den „Sturm auf die Festung Europas“, wie die National Zeitung am 7. Juni 1944 berichtete! Die Deutschen rechneten zwar mit einem Angriff, wurden aber durch Zeitpunkt und Angriffsort völlig überrascht.

Klaus-Jörg Dogwiler – ein in der FDP Aargau bestens bekanntes Gesicht – beschäftigt sich seit über 30 Jahren mit der Invasion 1944. In seinen Ausführungen am Mai-Anlass der

FDP.Die Liberalen Seniorinnen und Senioren Aargau fokussierte er auf wenige wichtige Personen beider Kriegsseiten und zeigte in eindrucklicher Weise die Vorbereitungen und den Verlauf dieser grössten Militäraktion aller Zeiten auf. Eine grosse Anzahl FDP Senioren und Seniorinnen, aber auch zwei persönliche ausländische Gäste des Referenten waren begeistert von seinen Ausführungen im Ciné 8 in Schöftland.

Dass er nicht nur Militärhistoriker, sondern auch Musikliebhaber ist, demonstrierte Klaus-Jörg Dogwiler mit dem Eingangslied von Udo Jürgens „Ihr von morgen“ (werdet staunend rückwärts sehn) sowie mit der von dramatischen Schlussbildern begleiteten Musik von Georg Friedrich Händel „Lascia la spina, cogli la rosa,“ gesungen von Cecilia Bartoli.

In seinen von Originalfilm-Ausschnitten und Originalbildern, aber auch von nachgestellten Szenen begleiteten Ausführungen beschränkte sich der Referent bei der Darstellung des Szenarios auf wenige Schlüsselpersonen auf beiden Kriegsseiten. Bei den Alliierten auf Roosevelt und Eisenhower sowie Churchill und Montgomery, bei den Deutschen auf Rommel und seinen Generalstabschef Speidel. Aber auch einzelne Überlebende beider Kriegsseiten kamen später zu Wort.

Die Deutschen hatten die Strände gegen den Ärmelkanal mit Hindernissen und Minen befestigt und zudem zahlreiche betonierte Unterstände gebaut. Dies wussten die Alliierten und überlegten, wie sie dieses Bollwerk knacken könnten. Auf der anderen Seite ist aus heutiger Sicht erstaunlich, dass die Deutschen die massive Vorbereitung der Alliierten in England nicht

bemerkten und durch den Angriff vom 5. zum 6. Juni 1944 völlig überrumpelt wurden!

So war beispielsweise Rommel am 4. Juni in den Heimaturlaub abgereist, gleichzeitig nutzten seine führenden Offiziere seine Abwesenheit mit Tafelrunden oder Ferientagen. Letztere wurden schlaftrunken von der Angriffsbotschaft überrascht und waren unfähig, adäquat zu reagieren. Speidel hatte in der Folge Rommel, dessen Frau am 6. Juni ihren Geburtstag feierte, zu Hause angerufen. Aber dies erfolgte nach Auffassung des Referenten viel zu spät, und die bereitstehenden Panzerdivisionen wurden vorerst gar nicht alarmiert. Man vermutete vielmehr einen Scheinangriff und nahm die Sache auf deutscher Seite am Anfang nicht allzu ernst.



Dogwiler hat uns den Menschen Rommel nähergebracht, beispielsweise, wie er mit gefangenen gegnerischen Soldaten umging, wie er langsam zum Widerständler gegen die Machtperson Hitler wurde und wie er am 17. Juli, schwer verletzt, das Kommando aufgeben musste. Später, nach dem misslungenen Attentat gegen Hitler, wurde er zum Selbstmord gezwungen, da er als Mitwisser an diesem Attentatsversuch verdächtigt wurde. Dafür wurde seine Familie nicht belangt und er erhielt ein Staatsbegräbnis! Eindrücklich waren einzelne Begegnungen von Schützen aus deutschen Widerstandsnets-

tern mit alliierten Soldaten, welche sich nach 60 Jahren wieder auf den Schlachtfeldern trafen. Aber auch technische Details, wie zum Beispiel die Alliierten schwere Panzer schwimmbar machten, erstaunten die Zuhörer. Später, bei stürmischer

See, kenterte jedoch die Mehrzahl dieser Vehikel. All diese Details faszinierten die anwesenden Teilnehmer, und wir danken an dieser Stelle Klaus-Jörg Dogwiler für seine spannende Schilderung der Invasion 1944 in der Normandie.

Bildlegende

Invasionsspezialist Klaus-Jörg Dogwiler (links am Rednerpult) beeindruckte die FDP-Senioren (Foto: Alfred E. Bossard).

Redaktion und Versand INSIDE:

Kaspar Schoch, Geschäftsführer/Fraktionssekretär FDP.Die Liberalen Aargau. E-Mail: info@fdp-ag.ch